

Haushaltsplan 2010 – Stellungnahme der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

2009 war ein ereignisreiches Jahr. Schwarz-Gelb hat das Ruder im Bund übernommen und versucht nun mit immensen neuen Schulden der Krise Herr zu werden – auch weil sie im Wahlkampf Steuergeschenke versprochen haben, die bereits bei der Ankündigung nicht finanzierbar waren.

Im Koalitionsvertrag wird wieder einmal die Gewerbesteuer zur Diskussion gestellt, obwohl das entsprechende Gesetz gerade erst durch die große Koalition novelliert wurde. Zur Zufriedenheit der Kommunen. Der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer ist geplant. Walldorf kann nur hoffen, dass die Regierung diesen äußerst wirtschaftsfreundlichen Passus vergisst oder abgewählt wird. Denn: Unser Anteil an der Umsatzsteuer liegt derzeit bei etwas über 3 Mio. €, an der Einkommenssteuer unter 6 Mio. €; davon könnte Walldorf noch nicht einmal die Personalkosten stemmen. Das bedeutet, dass die Zuschläge schon sehr hoch sein müssten um in Walldorf als Ausgleich angesehen werden zu können.

Politik ist dann nachhaltig und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, wenn nicht an die nächsten Wahlen gedacht wird, sondern an die nächste Generation. Sicherlich – wir können uns glücklich schätzen, dass die Wirtschaftskrise bisher an unserem Haushalt glimpflich vorbei gegangen ist – und dies natürlich auch, weil der größte Gewerbesteuerzahler am Ort die Krise gemeistert hat.

Was die Wirtschaftskrise bewirkt hat, können wir z.B. an der Lage der HDM erkennen. Eine Krise eines Unternehmens ist immer auch eine Krise der Mitarbeiter. So hat es einige Walldorfer Familien in ihrer Existenz empfindlich getroffen. Hier lindert das engmaschig soziale Netz in Walldorf, das die SPD intensiv durch ihre Politik mit strickt, auf die ich noch eingehen werde.

Walldorfs Haushalt ist nicht geprägt von Schulden. Dafür sorgen Verwaltung und Gemeinderat. Unsere Bauprojekte sind solide finanziert, ebenso wie die vielen freiwilligen Leistungen. Es gibt kein dubioses Finanzgeschäft wie in anderen Kommunen. Sonderzahlungen an den kommunalen Versorgungsverband haben dafür gesorgt, dass wir die nächsten 50 Jahre die Pensionen nicht aus dem aktiven Personalhaushalt stemmen müssen. Die Personalkosten können somit jährlich um knapp 700 T€ reduziert werden.

Nachhaltiges Wirtschaften und Vorsorge werden bei uns großgeschrieben. Und dies meist im Schulterschluss mit den anderen Fraktionen. Insgesamt arbeitet die SPD-Fraktion mit daran, Walldorf für die kommenden Jahrzehnte gut aufzustellen. Dem neuen Bürgermeister wird somit ein gut bestelltes Haus übergeben.

Die SPD-Fraktion setzt sich für die Fortführung dieser Haushaltspolitik ein. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln setzen wir klare Schwerpunkte. Die Zahlen wurden bereits mehrfach genannt. 20 Mio. € allein 2010 für Investitionen, die die Attraktivität der Stadt und die Gesundheit der Infrastruktur gewährleisten. Die größten „Brocken“ sind: der Neubau des Hallenbads (in diesem Jahr 4,2 Mio. €), die Erweiterung der Schillerschule mit dem Neubau der Mensa und der Turnhalle (4 Mio. €), der Neubau der Kinderkrippe (0,7 Mio. €), der Neubau des Evangelischen Kindergartens (2 Mio. €) und schließlich noch die Erschließungsmaßnahmen für Walldorf-Süd (5 Mio. €).

Noch nie in der Geschichte der Stadt Walldorf wurde bzw. wird in einem Jahr eine derart große Summe für Baumaßnahmen veranschlagt. Eine Summe, die zum Teil auch noch durch Mittel aus dem Konjunkturpaket ergänzt wird (u.a. Fassadensanierung am Schulzentrum). Geld, das auch dem hiesigen Baugewerbe zu Gute kommt und stabilisierend wirkt.

2010 und 2011 werden arbeitsreiche Jahre. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die Umsetzung der Vorhaben zu begleiten und zu kontrollieren. Die SPD sieht aufgrund der personellen Veränderungen im Bauamt hier erhöhten Bedarf, der auf alle Fälle durch gute Projektsteuerungen gewährleistet sein muss. Hier zu sparen wäre falsch.

Stadtentwicklung / Drehscheibe

In Sachen städtebaulicher Entwicklung tut sich einiges in Walldorf. Die Großprojekte Neue Soziale Mitte, Walldorf-Süd und Bahnhof Wiesloch-Walldorf werden uns auch noch die nächsten Jahre beschäftigen. Dazu zählt für uns auch die Drehscheibe. Wir sind zuversichtlich, dass wir auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von der Notwendigkeit des Dienstleistungszentrums an der Drehscheibe überzeugen können.

Die Drehscheibenbebauung wird derzeit intensiv in der Bevölkerung diskutiert. Die SPD hat sich für den Bau des medizinischen Dienstleistungszentrums an der Drehscheibe in kommunaler Trägerschaft ausgesprochen. In Walldorf fehlen Fachärzte. Das ist nicht nur für unsere zunehmend älter werdende Bevölkerung problematisch. Wir müssen deshalb die ärztliche Versorgung Walldorfs positionieren, neue Fachpraxen ansiedeln und bestehende halten. Dass wir nicht unendlich viel Zeit haben, zeigt jüngst die Verlagerung der Augenarztpraxis nach Hockenheim.

Dieses Projekt kann – anders als das Hallenbad – ohne Subventionen betrieben werden. Die durch Fachgutachter ermittelte Verzinsung von über 3% des eingesetzten Kapitals ist für uns hoch genug. Die Stadt kann durchschnittliche marktübliche Mieten erwirtschaften. Wichtiger ist uns die Rendite, die bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ankommt – die gesicherte medizinische Versorgung!

Der Einzelhandel in Walldorf hat es schwer. Wir sagen aber: Resignation ist keine Lösung. Zu sagen „das wird ja doch nichts“ ist nicht unsere Art, das lassen wir nicht gelten. Wir müssen an dieser zentralen Stelle der Stadt die Möglichkeit für eine Ausweitung des Einzelhandels schaffen. Was uns mit der erfolgreichen Ansiedlung von Einkaufsmärkten am Lindenplatz und in Walldorf-Süd gelungen ist, wird uns auch an der Drehscheibe gelingen.

Schließlich müssen wir endlich den versprochenen ÖPNV-Knoten realisieren, um die unübersichtliche Haltestellensituation rings um die Drehscheibe zusammenzufassen, um das Umsteigen zu erleichtern. Die jetzigen Provisorien sind für die Anwohner und Nutzer nicht mehr länger zumutbar!

Demokratie lebt vom Mitmachen – das ist unser Leitspruch. Daher unser Appell: Gehen Sie am 18. April zur Wahl und machen Sie mit Ihrem Votum deutlich, dass auch Sie hinter diesem Ärztehaus stehen. Lassen Sie es nicht zu, dass eine Minderheit eine Einrichtung zur Daseinsvorsorge für die gesamte Bevölkerung blockiert. Wir informieren sie jederzeit gerne und umfassend. Nutzen Sie die Gelegenheiten.

Mit unserem letzten Baugebiet Walldorf Süd wird das Wachstum für unsere Stadt abgeschlossen werden. Wir fordern die Verwaltung auf, viel offensiver für dieses Baugebiet zu werben. Wir müssen mit unseren Pfunden wuchern: Wo gibt es das schon, dass die Nahversorgung und die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bereits vor Ort gebaut sind, bevor sich die Familien ansiedeln? Aber man muss es den potentiellen Neubürgern auch nahe bringen. Man muss drüber reden. Das ist ein prinzipielles Problem – in Walldorf gibt es viel Gutes – doch es wird viel zu wenig darüber gesprochen. Da könnten nach unserer Meinung

z. B. eine bessere Struktur der Homepage und mehr Information über die Rundschau schon viel helfen.

Walldorf-Süd gibt uns im sozialen Wohnungsbau die letzte Möglichkeit, generationenübergreifend zu planen. Wir brauchen dort auch Mietshäuser. Bezahlbare Mietshäuser, in denen sich sowohl junge Familien und ältere Menschen wohl fühlen und gemeinsam leben können. Beispiele gibt es viele für solche Häuser. Wenn wir wollen, können wir das in Walldorf-Süd umsetzen.

Bildung und Soziales

Viel Gutes gibt es in Walldorf: Rund 200 T€ stehen wieder für die Plattform, die Erziehungsberatung, die Drogenberatung, die Schuldnerberatung und die Unterstützung der Frauenhäuser zur Verfügung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nur über ein bezahlbares und umfangreiches Betreuungsangebot aller Altersgruppen gewährleistet. Die Gestaltung der Ganztagesbetreuung muss vor dem Hintergrund der veränderten Lebensplanungen der Familien als Gesamtkonzept gesehen werden. Das Krippenplatzangebot, die vorschulische Bildung sowie die schulische Bildung sind sich ergänzende Bausteine, die noch besser auf die Bedürfnisse der Familien abgestimmt werden müssen.

Noch immer liegen wir mit einmalig günstigen Kindergartenplätzen weit vor den umliegenden Kommunen und haben vor wenigen Wochen eine neue Gebührenordnung beschlossen, die Familien mit niedrigem Einkommen auf Antrag von den Gebühren vollständig freistellt. Unser Hinkebein in der Betreuungslandschaft – die Anzahl der Krippenplätze – wird mit dem Bau der Krippe nun auch endlich kuriert. Die SPD schlägt vor, zum Spatenstich der Krippe alle Walldorfer Schwangeren und die Mitbürger im Alter von 0 bis 6 Monaten einzuladen.

Das Konzept „Regelangebot“ im Kindergarten hat ausgedient. Walldorfs Kindergärten sollten bis 2011 nach unserer Ansicht nur noch flexible Betreuungszeiten anbieten. Keine Familie soll aus Mangel an Ganztagesangebot im Kindergartenbereich in eine andere Kommune ausweichen müssen. Wir bauen hier auf gemeinsame Konzepte der kommunalen, konfessionellen und privaten Anbieter.

Schließlich sollten die Sport- und Kulturvereine und die Schulen gemeinsame Konzepte erarbeiten, denn die Freizeitplanungen unserer Kinder haben sich aufgrund der Umstrukturierung der Schulen (z. B. wegen G 8) stark verändert. Gemeinsame Konzepte von Vereinen und Schulen werden von uns unterstützt.

Die SPD-Fraktion hat durch Antrag und Hartnäckigkeit erreicht, dass die Schulsozialarbeit so ausgebaut wurde, dass sie nun an allen drei Schulstandorten in Walldorf fest installiert ist. Die Schulsozialarbeiter sind zu den Unterrichtskernzeiten präsent. Dies ist eine Investition auch in die Zukunft – diese Ausgaben sparen uns hohe Folgekosten. Wir sind sehr froh, dass dies zum Schluss einstimmig getragen wurde und die Mittel nun im Haushalt verankert sind. Übrigens sind diese (befristeten) jährlichen Mehrkosten geringer als die jährlichen Betriebskosten für die Außenrutsche.

Seit Jahren wird deutlich, dass die alte Schulbezirksgrenze der Änderung der Altersstruktur gerade in den nördlichen Wohngebieten nicht mehr passen. Die SPD hat schon mehrfach angeregt, die Grenze aufgrund der aktuellen Bevölkerungsdaten zu überarbeiten. Heute stellen wir das als Antrag und bitten die Verwaltung bis zum Sommer um einen entsprechenden Vorschlag.

Verkehr

Die allgemeine Verkehrssituation in Walldorf liegt im Argen. Verkehrsverlagerungen führten dazu, dass die Parallel- und Nebenstraßen stärker frequentiert werden. Zur Kommunalwahl haben wir angekündigt, auf die Unzufriedenheit und die Anregungen aus der Bevölkerung zum Thema Verkehr stärker einzugehen.

Wir schlagen vor, dass die Bürger einen Ansprechpartner, einen sog. „Kümmerer“ im Rathaus erhalten, dem sie allgemeine Probleme im Straßenverkehr mitteilen können. Für die Stadtverwaltung hätte das den Vorteil, dass sie schnell Rückmeldung aus der Bevölkerung erhält, auf Probleme zeitnah aufmerksam wird und reagieren kann.

Wir regen weiterhin an, ein Beratungsgremium zu bilden, das sich aus Polizei, Verkehrsplanern oder auch Ehrenamtlichen, z. B. aus Radfahrclubs o. ä. zusammensetzt. Dieses Gremium kann der Stadtverwaltung beratend zur Seite stehen. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger – auch Sie sind hier gefragt. Sagen Sie uns, wo es Probleme gibt. Aber akzeptieren Sie auch Situationen, die nicht änderbar sind.

Zweckverbandsgebiet Wiesloch-Walldorf

Am Bahnhof Wiesloch-Walldorf tut sich etwas. Statt 58 gibt es seit Dezember 139 IC bzw. ICE-Halte in der Woche. Diese Anzahl ist eine Bestätigung für die Richtigkeit des bisher eingeschlagenen Wegs der beiden Städte.

Das Denken und Handeln endet für uns nicht an den Gemarkungsgrenzen. Die SPD-Fraktion sieht große Entwicklungschancen im Zweckverbandsgebiet Bahnhof Wiesloch-Walldorf – so der offizielle Name. Wenn wir diese Chancen nutzen wollen, müssen wir sie aber auch als solche begreifen und dafür werben. Im Haushalt ist von „Baumaßnahmen am und um den Bahnhof Wiesloch-Walldorf“ die Rede, das ist jedoch nur das Mittel zum Zweck. Wir wollen den Zweck des Ganzen in den Vordergrund rücken. Wir wollen das Gebiet unter dem Motto „Miteinander statt Konkurrenz“ als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten und weiter entwickeln.

Mit unseren Freunden aus Wiesloch sind wir uns einig, in der Forderung, dass endlich die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven dieses Gebiets zum mindestens gleichberechtigten Thema neben den Baumaßnahmen gemacht werden. Wir sollten deshalb – da schließen wir uns dem Antrag unserer Wieslocher Ratskollegen der SPD an – den Zweckverband „Bahnhof Wiesloch-Walldorf“ in „Metropolpark Wiesloch-Walldorf“ umbenennen.

Die „Entente Florale“ ist Geschichte – allerdings eine erfolgreiche. Unter dem Motto „2 Städte blühen auf“ konnten die beiden Städte für die vielfältigen Aktivitäten vor allem für die breite Bürgerbeteiligung und das Engagement der Schulen und Kindergärten eine Silbermedaille erringen. Wir sehen einer möglichen Landesgartenschau im Jahr 2018 mit Spannung entgegen.

Hallenbad

Ein sehr auskömmliches Budget kann natürlich auch immer mehr Begehrlichkeiten wecken und birgt die Gefahr, dass Projekte durch ständige Diskussionen überdimensioniert werden. Diese Gefahr hat die SPD vor allem bei der Diskussion und Planung zum Umbau bzw. Neubau des Hallenbads gesehen.

Während andere Kommunen Mühe haben, hochdefizitäre Hallenbäder weiter zu betreiben, leisten wir uns einen Neubau für über 10 Mio. €. Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte der Ge-

meinderat vor 2 Jahren 10 Mio. € als Obergrenze beschlossen. Am 19. Januar 2010 hat der Gemeinderat diese Deckelung außer Kraft gesetzt und sich mehrheitlich für die Erhöhung des Budgets und damit des Darlehens der Stadt an die Stadtwerke Walldorf, um nochmals ca. 700.000 € für eine Außenrutsche entschieden – gegen unsere Stimmen.

Wir stehen weiterhin zu dieser Entscheidung! Wir hätten auch ohne Außenrutsche ein großzügiges Familien- und Sportbad im „Walldorf-Standard“ für alle Altersgruppen bekommen. Ein Bad, von dem andere Kommunen nur träumen.

Die SPD wird auch nach der Eröffnung des neuen Hallenbads familienfreundliche Eintrittspreise für unseren Bäderpark fordern, obwohl er bereits heute eine jährliche Subventionierung von 120 € pro Einwohner erfordert. Auch wenn wir es uns derzeit leisten können: Wir müssen in Walldorf nicht alles haben. Unser Bad steht nicht im Wettbewerb mit dem „bellamar“ oder dem „aquadrom“. Der Gemeinderat hat sich deutlich gegen ein solches Spaßbad entschieden.

Wir haben gegen die Erhöhung des Budgets gestimmt, weil

- wir zu unserer Entscheidung stehen, die Baukosten für das Hallenbad auf 10 Mio. € zu begrenzen;
- wir nicht verantworten können, dass für den Betrieb des Luxusobjekts Außenrutsche jährliche Mehrkosten von 100.000 € entstehen und auf das ohnehin hoch defizitäre Projekt aufgesattelt werden;
- auch der Badbetreiber – die Stadtwerke Walldorf – nicht glaubt, dass wegen der Rutsche Tag für Tag 100 Personen mehr ins Bad kommen und so die Außenrutsche finanzieren. So bleiben die Mehrkosten bei der Stadt. Diese 100.000 € müssen dann in anderen Bereichen eingespart werden;
- wir ein Bad mit familienfreundlichen Eintrittspreisen wollen – kein Spaßbad dessen Eintrittspreise sich eventuell Teile der Bevölkerung nicht mehr leisten könnten;
- diese Außenrutsche mit einem jährlichen Energie/Betriebsaufwand von 50.000 € unseren Energie- und CO₂-Einsparungszielen widerspricht;
- wir im Freibad über die Sommermonate bereits eine große Rutsche haben.

Deshalb haben wir nach der Abstimmung den Bürgermeister gebeten, den Vollzug des Beschlusses für 6 Wochen auszusetzen, um abschätzen zu können, ob die Walldorfer Bürgerinnen und Bürger bei dem Thema mitentscheiden möchten. Nur wenn viele diese Meinung unterstützen wollen, werden wir ein Bürgerbegehren durchführen! Wir wollten innerhalb von max. 3 Wochen die Resonanz und Mitwirkungsbereitschaft abfragen, um den Erfolg eines Bürgerbegehrens auszuloten.

Wir finden es absurd, einerseits Vorreiter in Sachen Energieeffizienz sein zu wollen – Passivhausstandart zu beantragen – und dann mit diesem Energiefresser eine vermeintliche Notwendigkeit für unsere junge Bevölkerung bedienen zu wollen. Nichts ist gefährlicher als der Einfluss von Privatinteressen in öffentlichen Angelegenheiten – eine Feststellung von Jean-Jacques Rousseau.

Würden wir alle Teilinteressen bedienen, gäbe es diverses zu bauen - auch z.B. ein beheiztes Außenbecken. Das ist alles machbar, wenn dann der Eintrittspreis auf 15,- € hochgesetzt wird, wie es ein privater Betreiber machen würde. Aber wollen wir das? Ein großer Teil unserer jugendlichen Bevölkerung könnte dann sicherlich nur passiv durch die Scheiben dem Rutschspaß beiwohnen.

Energie und Umwelt

Die Umweltförderprogramme der Stadt fanden auch 2009 wieder eine sehr gute Resonanz bei der Bevölkerung. Die im Haushalt eingestellten 250 T€ für die insgesamt 15 Förderprogramme wurden fast vollständig abgerufen. Aufgrund der neuen Gesetzeslage und den damit höheren Anforderungen an die Gebäude müssen die geltenden Förderrichtlinien entsprechend angepasst werden. Damit auch diese Erfolgsgeschichte weitergehen kann, ist der Haushaltsansatz wieder gleich hoch.

Wir sind sehr stolz darauf, dass wir (auch das zumeist im Schulterschluss mit anderen Fraktionen) in Walldorf über die letzten 2 Jahrzehnte ein solides Bekenntnis zu Energieeffizienz und Nachhaltigkeit erworben haben. Zeugnis davon sind die neuen kommunalen Bauten an die grundsätzlich hohe Ansprüche an Energieeffizienz gestellt werden. Auch die diversen Dämm- und Optimierungsförderprogramme, machen unseren Bürgern, die in die Jahre gekommene Häuser besitzen, die Entscheidung zur energieeffizienten Renovierung sehr einfach. Die Programme werden außerordentlich gut angenommen.

Nachdem die Stadtwerke aus wirtschaftlichen Gründen Abstand nehmen von einer leitungsgebundenen Nahwärmeversorgung für die Bauvorhaben in Bereichen der Sozialen Mitte und Teilen von Walldorf-Süd, haben wir auf eine Alternative hingewiesen, die sich bereits in der Praxis als wirtschaftliche und umweltfreundliche Wärmeversorgung dargestellt hat.

So wird z. B. das Fürther Rathaus mit Hilfe der im Abwasser stetig vorhandenen Wärme und mit Hilfe einer Wärmepumpe zu 85% mit Wärme versorgt. Ähnliche Projekte gibt es in Konstanz, Leonberg und Bretten. In Walldorf haben wir auch Abwässer, die energetisch genutzt werden können. Mit dem Hauptsammler Süd haben wir eine sehr gut geeignete Wärmequelle in der Nähe. Wir haben eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit einer solchen Wärmeversorgung beantragt, die für die Soziale Mitte und ggf. benachbarte Wohnanlagen auch dezentral über mehrere Wärmepumpen aufgebaut werden könnte. Zudem gibt es Fördergelder für Machbarkeitsstudien beim Land. (RNZ v. 27.01.2010)

Es wird viel getan in Walldorf, aber zu wenig kommuniziert. Das betrifft insbesondere die Verbesserung der Energieeffizienz von Schulen und öffentlichen Gebäuden. Aber auch Beispielrechnungen für die Energiesanierung privater Gebäude wären sehr nützlich.

Die SPD-Fraktion sieht allerdings mit wachsender Sorge, dass wir für unsere kommunalen Gebäude durch ein effizienteres Gebäudemanagement mehr Kosten und Energie sparen könnten als dies derzeit geschieht. Wir fordern hier dringend ein entsprechendes Konzept und beantragen außerplanmäßige Mittel. Zwar sind für Energiemanagement bereits 40 T€ veranschlagt – allerdings sehen wir zumindest für den Aufbau einen viel höheren Bedarf.

Hier müssen Fachleute ein möglichst einfaches Verbrauchsmonitoring installieren, aus dem man Handlungsempfehlungen entwickeln kann. Nur so können Unregelmäßigkeiten sofort entdeckt und behoben werden. Wir wollen auch, dass unsere Stadtwerke hier mit im Boot sind. Wir könnten uns vorstellen, dass dort eine Stelle geschaffen wird und die Stadt die entsprechenden Leistungen „einkauft“.

Abschließend zum Thema Klima möchte ich noch darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion weiterhin nicht nur die oben beschriebene Klimapolitik betreiben, sondern auch weiterhin zum guten Klima im Gemeinderat beitragen wird.

Vielleicht haben einige in letzter Zeit vergessen, welche Funktion wir, die Gemeinderäte in Baden-Württemberg eigentlich haben. Dazu ein Zitat aus dem „Taschenbuch für Gemeinde- und Stadträte in Baden-Württemberg“ mit dem Untertitel „Grundwissen für kommunale Mandatsträger“:

„Der Gemeinderat ist kein Parlament wie Bundestag und Landtag, sondern ein Organ der Verwaltung der Gemeinde. Die für Parlamente geltenden Gesichtspunkte hinsichtlich Regierung und Opposition sind deshalb nicht auf die Gemeinden übertragbar. Die Verwaltung der Gemeinde und die Kommunalpolitik sind wesentlich auf das Zusammenwirken der beiden Organe Gemeinderat und Bürgermeister angewiesen.“

In diesem Sinne sehen wir von der SPD unsere Aufgabe als Gemeinderäte darin, die Arbeit der Verwaltung kritisch, aber konstruktiv zu begleiten, um das Beste für Walldorf zu erreichen.

Demokratie lebt vom Mitmachen – das ist unser Leitspruch. Informiert sein und mitmachen wollen – das sind auch Gründe sich zu engagieren. Das gilt für den Jugendgemeinderat genauso wie für den Ausländerausschuss oder die vielen engagierten Vereinsmitglieder und die ehrenamtlich Tätigen, ohne die Walldorf sehr arm wäre.

Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, genügend Interessenten für eine Kandidatur in den Ausländerausschuss zu gewinnen. Wir hoffen, dass dies auch für den Jugendgemeinderat gelingen wird. Wir bitten die Verwaltung nochmals ausdrücklich für diese Gremium zeitgemäß Werbung zu machen – in Heidelberg kann man sich da gute Ideen abgucken.

Über Zahlen hab´ ich heute wenig gesagt. Das haben andere vor mir schon ausführlich gemacht. Nur so viel: Etwas über 230 Mio. € beträgt das Haushaltsvolumen in diesem Jahr, aufgebläht durch die hohen Umlagenzahlungen von über 120 Mio. €. Erfreulich ist: Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger können weiterhin von einem ungekürzten Dienstleistungsangebot ausgehen. Unsere freiwilligen Leistungen können unverändert aufrechterhalten werden. Und bei einem planmäßigen Verlauf des Haushalts werden keine Erhöhungen der Steuern und Gebühren notwendig.

Worauf ich noch abschließend hinweisen möchte:

Die Senkung der Kreisumlage um 1,9 Prozentpunkte erspart der Stadt knapp 3 Mio. € an Umlagezahlung an den Rhein-Neckar-Kreis. Die SPD-Kreistagfraktion hat die Umlagesenkung um zwei Prozentpunkte beantragt, weil 2010 die meisten Gemeinden durch große Einbußen bei der Einkommensteuer unverschuldet in Not geraten werden.

Gleichzeitig war schon damals abzusehen, dass aufgrund der guten Steuerkraft der Gemeinden im Jahr 2008 die Umlagezahlung an den Kreis 2010 bei gleich bleibendem Hebesatz auf einen bisher noch nie dagewesenen Höchststand ansteigen würde. Deswegen haben wir von Anfang an dafür plädiert, den Hebesatz deutlich zu senken, um die Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Situation zu entlasten. Mit dieser Senkung haben die Kreisgemeinden insgesamt knapp 14 Millionen € mehr in ihren Kassen als die Kreisverwaltung in ihrem Haushaltsentwurf vom Oktober 2009 vorgesehen hatte.

Dank und Zustimmung zum Haushalt 2010

Wir danken allen großen und natürlich auch den kleinen Steuerzahlern, die es ermöglichen, dass in Walldorf so viel gemacht werden kann.

Neben dem Geld lebt die Welt vom menschlichen Miteinander. Deshalb bedanken wir uns bei den vielen Ehrenamtlichen, die für ein menschliches Walldorf sorgen. Die Förderung der Walldorfer Vereine hat unsere volle Unterstützung. Ohne die Arbeit in den Vereinen wäre gerade das Leben einer Gemeinde im sportlichen und kulturellen Sektor sehr arm.

Wir möchten uns an dieser Stelle auch ausdrücklich bei den Mitgliedern der Arbeitskreise für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Aufrichtig danken heißt für uns: beachten, was Sie erarbeitet und vorgeschlagen haben.

Nicht zuletzt bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Uns ist klar, die Personalkosten stehen für Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Summe von Aufgaben erfüllt haben, die in Walldorf mindestens ebenso außergewöhnlich sind wie die hierfür aufzuwendenden Mittel. Jeder von Ihnen wird gebraucht, auf jeden von Ihnen kommt es an. Dem Einsatz eines Jeden an seinem Arbeitsplatz ist das Erreichte zu verdanken.

Aufgrund der „Aktualität“ wollte, ja musste ich heute 2 Punkte ausführlicher als gewohnt bei einer Haushaltsrede ansprechen. Die heute nicht erwähnten Themen werden wir bei unserer Arbeit auch 2010 nicht vergessen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2010 sowie der Finanzplanung mit Investitionsprogramm zu.

Für die SPD-Fraktion

Manfred Zuber